

Presseerklärung der CDU vom 02.07.2012 (nachzulesen auf der Homepage der CDU- cdu-shs.de)

02.07.2012

„Rote Fahne“ kommt auf den Obelisken in Stukenbrock-Senne?

Der Bürgermeister wurde am 28.06.2012 vom russischen Generalkonsul im Rahmen eines Besuches im Rathaus Russland mit dem russischen Staat einen Kompromiss in Bezug auf die „Rote Fahne“ auf dem Obelisken geschickt. Die Umsetzung beauftragt wurde.

Basis für den Kompromiss soll angabegemäß wohl eine neue Auslegung und Interpretationen in Bezug auf die sy. Diese neue und weite Auslegung ist offensichtlich sowohl den russischen Veteranen des 2. Weltkrieges als auch und vermittelbar.

Im Vorfeld dieser Kompromisslinie hat auf dem Boden der Stadt SHS ein Informationsgespräch stattgefunden, zu dem die Bezirksregierung sowie der Generalkonsul, der orthodoxe Erzbischof - und jetzt wird es interessant – ein Vertreter der Stukenbrock, **aber nicht ein Vertreter unserer Stadt** eingeladen wurden.

Dass Vertreter unserer Kommune nicht eingeladen wurden, ist ein starkes Stück. Wir empfinden dies als Geringschätzung unserer Interessen. Wir rügen dies ausdrücklich!

Was ist das denn für ein Kompromiss, der die Interessen der hier lebenden Menschen mit Füßen tritt?

Was ist das denn für eine Gesprächskultur und ein Demokratieverständnis, wenn man nicht mit den Betroffenen, sondern über deren Köpfe hinweg entscheidet?

An unserer grundsätzlichen Einstellung gegenüber der Roten Fahne hat sich auch durch die krampfhaften Interpretationen nichts geändert.

Dass wir diesen Kompromiss nicht mittragen können, versteht sich von selbst!

Wir lehnen unverändert das Anbringen der „Roten Fahne“ auf dem Obelisken und somit auf dem Gebiet der Stadt Stukenbrock, welcher Form – als Symbol für ein unmenschliches totalitäres System ansehen.

Für uns bleibt der Friedhof ein Ort des Gedenkens, der Mahnung und des Innehaltens.

Politische Symbole der Unterdrückung, des Terrors und der Unmenschlichkeit haben auf dem Friedhof nichts zu suchen.

Leider hat uns die Landesregierung NRW bislang nicht über den Vorgang unterrichtet, obwohl diese Informationen die Beweggründe kann man nur mutmaßen!

Für uns ist es nicht nachvollziehbar, dass unser Bundesland eher die politisch motivierten Interessen weniger rechtsnationaler inländischer Gruppierungen mit zum Teil marxistisch-kommunistischen Hintergrund vertritt, als die berechtigten Interessen der Stukenbrocker Bürger.

Parallelen zum Verhalten der Landesregierung im Umgang mit der Region in Bezug auf den Nationalpark, bei dem die Interessen der Bürger offensichtlich.

Von der rot-grünen Landesregierung fühlen wir uns mal wieder schlecht behandelt! Unterstützung ist aufgrund der Lage zu erwarten.

Unsere gewählten Vertreter im Land und Bund haben wir über diesen unhaltbaren Vorgang bereits informiert und wir erwarten eine klare Stellungnahme.

Der Obelisk wird bei Umsetzung dieses Kompromisses nicht mehr die Gedenkstätte in unserem Sinne sein.

Selbstverständlich werden wir auch zukünftig der Opfer gedenken - ein Verbeugen vor oder unter der „Roten Fahne“.

Klaus Dirks